## Gesetz Sammlung

fur bie

#### Königlichen Preußischen Staaten.

No. 1.

(No. 384.)

adoption of trag

zu bem Tarif vom 28sten Februar 1816., wornach in bem Königlich Preußisschen Großherzogthum Posen, bem Herzogthum Pommern und Fürstenthum Mügen, die baselbst vorkommenden fremden Gelbsorten in den Königlichen Kassen angenommen werden können. De dato den 29sten Juni 1816.

.. (Siehe Gefebfammlung Jahrgang 1816. pag. 119.)

Money	A STREET THE PARTY OF THE PARTY	WHEE S	Add Vater	1375	211
-	All - I was a second and the second	28	erth.	23	ertba
-		~	in		in
	Benennng der Münzen.		r. = Wil= 6d'or rc.		gl. Pr
4.2			ctud zu		ntgelde h dem
*	the first and a source of the tenth of the tenth of the second of the se	Fünf	Rthlr.		nzfuße
444	I. Gold, Mungen.	-	chnet.	von	1764.
0	with the same of the 1.36	Rthir.	Gr. Vf.	Athle.	Gr. Pf.
0 1	Ein ruffisches Zehnrubelftuck, ober Imperial	9	18 -		1.0
2	bergleichen Funfrubelftuck, von 1798 und 1799 .	4	21 -		
3	Souveraind'or (boppelter)	8	6 -		200
04	s bergleichen halber, (einfacher)	4	3 -		88
5	State of the Control	2			
36,14000	Ruffischer Dufaten, feit 1797. geprägt	4	18 —		<b>建</b>
06	Gchwedischer Dufaten	2	17 6	(a)	08
07	Danischer oder Mecklenburgischer Kourant. Dukaten	2			
18	Doppelter bergleichen	14			
0		-			
3.	II. Gilber Munden.	Barre			
1	Ein Danischer oder Schwedischer Speziesthaler		DIVERSION	72.1	12
112	48 Schilling Spezies ober 60 Schilling Lübisch ober	Ham	burger	2 00	
	Rougangaeld		4113	15 12	12
3	, bergl. 2 à 32 Schill. Spez. oder 40 Schill. Lübecken S	Coura	ntaelb	101	
4	1 16				12 _
5	im Colina divolina in				6
6					0
H	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	- 9			0
1	24 4 2 3 3 2 2 5	*		-	1 6
8	Danischer Reichs. Bankothaler von Friedrich VI			100	17 9
Jahrgang 1817.					Kerner:
	등 등 이 아이들 때문에 가는 살이 아니는 아무는 말이 가는 아이들이 되었다. 이 아이들은 사람들은 아이들은 이 사람들은 아이들이 되었다.		-23 - 12 640		

	With St.	35F.
	Ferner: hue itheil mangen & 1 10	
0	Ein Schwedisches 10 Derftud	_
10	Supportinges 5 Section - 2	
-11	4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4	5
12	2 2 2 2 1 1 1 1 2 1 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2	_
13	3 Hamburger 2 Marchaut Kontantgeib.	
14	-8 Schillingstück . O. A	
16		4
17	1 1 2 1	6
18	Von dem Mecklenburger Kourantgelde werden die 32, 16, 12,	
	8, 4 und 2 Schillingsturfe mit dem Hamburger Kourantgelde	
	roleich und verhältnismäßig augenemmen.	111
19	ways of Cochmodist Mammorschoo A Grantentius	
20	A STATE OF THE PROPERTY OF THE	and Marian
21 22	Claring in 102 mor case at I Thaler	6
23	alter Ruffischer Rubel bis jum Jahre 1762 1	5
24	ordinairer Rubel von neuerem Geprage 1	
25	The E Market	5 _
26 27	Harring Conservities the Marine and Annual C —	5 -
28	1. 1844 6 184	3 4
29	11, nou 0 1 nov 1	2 2 8 6
30	poninimer Opeliesinalet our 1703. dis 1700.	
31		8-
33	3	3 10
34		1 10
35	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	7 6
36		5 9
38	ober & Chalerstuck de la	7 7
39	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	9
.40	Ronigliche Pohlnischer & Thir., oder 281. Stud vom Johre 1845.	imata
	Ob der Handelsstand und Gewerbestand ben vorstehenden Tarif im Prerkehr benugen will, oder nicht, bleibt demselben lediglich überlassen.	The same
No.	te bergl. & à 32 Coll. Over over 4008 & link Ericht 22 modnegilies 1	3
-	Friedrich Wilhelm.	1
· March		All the second second
0	C. Fürst v. Harbenberg. Graf v. Bulor	U
9	Derliner Reiches Plant at hater new Related VI	18
175	gerne gerne	85.)

(No. 385.) Ausjug aus ber Allerfied ften Kabinetsorber bom 8ten Anguft 1816. auf bie Befchluffe bed Ditpreuftichen General-Landtags wegen ber abgelbieten Pfandbriefe.

311 30. Huch will Ich die von dem General-Landtage in Antrag gebrachte Deklaration ber Gefeggebung, als fich ohnehin von felbft verftehend und ber Ginrichtung ber Kreditipsteme gemäß, babin genehmigen, bag ber Inhaber eines abgeloseten Offpreußischen Pfandbriefs verpflichtet fen, folden nebft ben noch fälligen Konpons gegen einen gleichhaltigen andern Oftpreußischen Pfandorief mit gleichmäßigen Rompons herauszugeben. Karlsbad, den gten August 1816.

reglanden wie eners mer de Friedrich Wilhelm.

Craisefluineagen and in Hahrm Louises Ibits som vollen James I fage

(No. 386.) Allerhochfte Rabinetsorber vom 26ften November 1816. wegen anderweifiger Bers rechnung des zu ben Dberrechnungefammer-Dechargen erforderlieben Stempele.

Wir finden ilne baber ver auleste, burch gegenrodelige Perorbur Du Befeitigung aller Beitlauftigfeiten bei Gingiehung und Berrechnung bes 8 gGr. = Stempels, ber nach der jest bestehenden Ginrichtung gu den von der Dberrechnungskammer zu ertheilenden Rechnungsbechargen verwandt wurde, fete Ich, nach bem Borschlage jener Beborbe, auf Ihren Antrag vom 21sten Ceptember c. hiermit feft: daß die Rechnungebechargen vom Jahre 1816. ab, auf ungeftempelten Papier ausgestellt werben, bagegen aber bie Rechnungsführer einen 8 gGr. Stempel aus eigenen Mitteln lofen und gleich zu bem Titelblatte besjenigen Gremplars der Rechnungen, welches der Dberrechnungs= tammer zur Revifion eingefandt wird, verwenden, bag bies geschehen auch auf ben Titelblattern ber andern Rechnungseremplarien bemerken follen.

Potsbam, ben 26sten November 1816.

band sladd usnemmerenne effette and Friedrich Wilhelm.

th gur Cafferion aberende segen ber Areitet die angen in tollen ben Staats = und Finanzminister Grafen v. Bulow.

dute than train whose stone and the

brild's genel sugar Rolferten college, feller underliebt, oder conce, felleten

(Na. 387.) Berordnung wegen erneuerten Berbots bes Spielens in auswärtigen Lotterien, and der Privatausspielungen. Bom 7ten Dezember 1816.

#### Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

Thun fund und finjen hiermit zu wiffen: 2004 10 1000 1000

In Unserm allgemeinen Landrecht sind S. 547. Tit. II. P. I. alle öffentlichen Lotterien, Glücksbuden 2c. 2c. von der ausdrücklichen Genehmigung des
Staats abhängig gemacht, und in den SS. 248. und 249. Tit. 20. P. II.
Strafen gegen die Unternehmer öffentlicher vom Staate nicht genehmigter
Lotterien, so wie gegen das Spielen in auswärtigen Lotterien bestimmt, diese
Strafbestimmungen auch in Unserm Lotterie Edikt vom 20sten Januar 1794.
S. 10. bestätiget worden.

Nichts bestoweniger vernehmen Wir, daß obigen gesetzlichen Anordnungen entgegen, besonders das Spielen in auswärtigen vom Staate nicht geneh= migten Lotterien, immer mehr um sich greift, und durch mancherlei Runst-

griffe ber Emissarien jener auswärtigen Lotterien beforbert wird.

Wir finden Uns daher veranlaßt, durch gegenwärtige Verordnung, welche für den ganzen Umfang Unserer Staaten Gesetzekfraft haben soll, die frühern Verbote aller öffentlichen, vom Staate nicht besonders genehmigten Lotterien, Glücksbuden 20. 20., so wie des Spielens in auswärtigen Lotterien, besonders des Kollektirens für dieselben, hiermit zu erneuern, und folgendermaaßen näher zu bestimmen:

19 S. I. no with few May is not remoral again mo

Wer in auswärtigen, vom Staate nicht besonders genehmigten Lotterien gespielt hat, gleichviel, ob ihm die auswärtigen Lotterie-Loose mit oder ohne eigene Veranlassung zugekommen sind, und ob der Einsatz für selbige bezahlt worden ist, oder nicht, hat den planmäßigen Einsatz, und außerdem eine siekalische Strafe von Zweihundert Reichsthalern für jedes gespielte Loos zu entrichten. Wer die ihm auf irgend eine Weise zugekommenen Loose auswärtiger Lotterien nicht 24 Stunden nach dem Empfang der Polizei-Behörde seines Wohnorts zur Cassation überreicht, gegen den streitet die Vermuthung, daß er in den fremden Lotterien habe spielen wollen, und derselbe hat daher ohne Weiseres die oben bestimmte Strafe verwirft.

S. 2.

Wer sich dem Verkaufe der Loose auswärtiger vom Staate nicht ausdrücklich genehmigter Lotterien entweder selbst unterzieht, oder einen solchen Verkauf als Mittels-Person befördert, soll, ohne Rücksicht auf den dabei beabbeabsid tigten Gewinn, fur jedes burch seine Mitwirkung verkaufte frembe Lotterie-Loos eine fiskalische Strafe von Dreihundert Thalern erlegen.

S. 3.

Algenten fremder Lotterien, welche sich beikommen lassen, Unsere Provinzen zu bereisen, und Loose auswärtiger Lotterien heimlich abzuseßen, sollen von der Polizeibehörde festgenommen werden, und die S. 2. bestimmte Strafe entrichten, im Unvermögenöfalle aber Ein = bis Zweijährige Zuchthausstrafe erleiden. Co -6 Jun 1829

S. 4.

Wer ohne ausdrückliche Genehmigung des Staats öffentliche Lotterien innerhalb Landes unternimmt, Glücksbuden errichtet, oder öffentliche Luksspielungen undeweglicher oder beweglicher Gegenstände veranstaltet, soll, ohne Rücksicht auf ben Betrag des Einsahes zur Lotterie, oder auf den größern oder geringern Werth der auszuspielenden Gegenstände, eine fiskalische Strafe von Dreihundert Thalern erlegen, und außerdem den doppelten Betrag des bei der Lotterie oder der Ausspielung gezogenen Vortheils an die Armenkasse des Orts entrichten.

S. 5

Von allen vorstehend S. I bis 4. bestimmten fiskalischen Gelbstrafen, erhalt ber Denunziant die Halfte.

S. 6.

Die zwischen den Berliner und Hannoverschen Lotterien bis zum Ansfange des Jahres 1820. bestehende Reziprozität, nach welcher Unsern Untersthanen zwischen der Elbe und dem Rhein freistehet,

fich einzelne Loose zum eigenen Spiel von den Königl. Hannoverschen

Lotteriebehörden zu verschreiben,

wird durch obige Vorschriften nicht beschränkt, jedoch ist Unsern Unterthanen in den bezeichneten Provinzen bei den im J. 2. gegenwärtiger Verordnung ans gedrohten Strafen, der Verkauf und der sonstige Verkehr mit Hannoverschen Lotterie-Loosen gleichfalls untersagt.

Wir befehlen allen Unfern getreuen Unterthanen, besonders aber Unfern Justig - und Polizeibehörden, sich nach den Borschriften gegenwärtiger Berord-

nung gebührend zu achten.

Gegeben Berlin, ben 7ten Dezember 1816.

### Friedrich Wilhelm.

C. Fürft v. harbenberg. v. Rircheifen. Graf v. Bulow. v. Schudmann,

(No. 388.) Allerhöchste Kabinetsorder vom 19ten Dezember 1816., die Anstellung ber Konfuls betreffend.

Die in der Verordnung vom 27sten Oktober 1810., über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden, enthaltende Bestimmung: daß der Chef der Abtheilung für Gewerbe auch an Besetzung der Konsulate Theil nimmt, will Ich auf den Mir von Ihnen darüber gemachten Vortrag hierdurch dahin erklären: daß künftig bei der Wahl und Anstellung der Konsuls, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, unter wilchem die Konsulate unmittelbar stehen, zwar die Hauptstimme behalten, dem Ministerio der Finanzen und des Handels aber dabei jederzeit eine berathende gutachtliche Stimme zugestanden werden soll.

Berlin, ben 19ten Dezember 1816.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatskanzler Fürsten v. Hardenberg.

(No. 389.) Allerhöchste Rabinetsorber vom 19ten Dezember 1816., baß auch ben hinters bliebenen ber penfionirten Militairpersonen außer bem Sterbemonat noch ein Enabenmonat zu Theil werden foll.

Da Ich durch Meine Order vom 27sten Mai d. J. allgemein bestimmt habe, daß den Hinterbliebenen der Pensionairs ohne Ausnahme außer dem Sterbemonat noch ein Gnadenmonat zu Theil werden soll, so muß dieses auch auf die Hinterbliebenen der pensionisten Militairpersonen angewendet werden. Ich überlasse Ihnen, das Weitere hiernach zu verfügen.

Berlin, ben 19ten Dezember 1816.

Friedrich Wilhelm.

Un ben Staatskanzler Fürsten v. harbenberg.

(No. 390.) Allerhochste Kabineteorber vom 19ten Dezember 1816., betreffent die Rlagen gegen Staatsbeamte, welche über Lieferungen von Armeebedurfniffen Rasmens bes Staats kontrahirt haben.

Durch Meine Order vom 26sten Juli 1813, babe Ich festgesetzt, daß gegen Staatsbeamte, welche über Lieferungen von Armeebedürfnissen im Namen des Staats kontrahirt haben, aus einer perfonlich übernommenen Verpflichtung

feine Rlage fatt finden folle.

Unter den nunmehr veränderten Umständen hebe Ich diese Kestsetzung, mit Herstellung der Vorschriften des Landrechts und der Gerichtsordnung, wiederum auf, will aber, daß solche Beamte, welche für den Staat sich persönlich verpflichtet haben, wegen aller Zahlungen, zu denen sie an Kapital, Zinsen und Kosten verurtheilt werden, in keine Verlegenheit gerathen, sondern daß die Staatskasse die für den Staat ihnen auferlegten Verbindlichkeiten pünktlich erfülle. Berlin, den 19ten Dezember 1816.

#### Friedrich Wilhelm.

An ben Staats = und Juffiz = Minister v. Kirch eifen und ben Staats = und Finang = Minister Grafen v. Bulow.

(No. 391.) Allerhöchste Kabinetsorber vom 19ten Dezember 1816. wegen Verlängerung der im Hypothekenpatent vom 22sten Mai 1815, bestimmten Frist in Hinsicht bes Bergwerkseigenthums.

Uuf Ihren Antrag vom 5ten d. M. genehmige Ich, daß der, durch das Patent vom 22sten Mai v. J., wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in den mit Meinen Staaten wieder vereinigten Provinzen jenseits der Elbe und Weser, zur Berichtigung des Besitztiels und zur Anmeldung der Realansprüche besstummte, und mit dem 31sten d. M. ablausende präklusussiche Termin in Hinssicht des Bergwerkseigenkhums auf ein Jahr, dis zum 31sten Dezember 1817., verlängert werde. Ich autoristre Sie daher, wegen Bezkanntmachung und Ausführung dieser Meiner Order, das Erforderliche ungezsäumt zu verfügen. Berlin, den 19ten Oezember 1816.

fung amlied Without Fregers.

Un

ben Staats und Juftig-Minister v. Kircheifen. 3 . 1

(No. 392.) Berordnung bom 23ffen Dezember 1816. wegen Berlangerung einiger im Supothetenpatent vom 22ften Mai 1815, bestimmten Friften.

# Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

Thun kund und fügen hiermit zu wiffen:

Bei den Schwierigkeiten, welche sich der völligen Beendigung der, nach bem Patent vom 22sten Mai 1815., wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in den mit Unsern Staaten wieder vereinigten Provinzen, bis zum letzten Dezember dieses Jahres vorzunehmenden Geschäfte entgegensetzen, finden Wir Uns veranlaßt, Folgendes zu verordnen:

S. I.

Die in dem S. 3. des gedachten Patents bestimmte praklusivische Frist, zur Anmeldung der Realansprüche, wird in Rücksicht auf die, von den Bessistern der Grundstücke zu entrichtenden Abgaben und Prastationen auf Ein Jahr, also bis zum letten Dezember 1817., verlängert.

J. 2.

Eine gleiche Berlangerung findet statt, wegen aller Gelbforberungen ohne Unterschied, die dem Fiskus, den Rorporationen und den unter ber Aufssicht des Staats stehenden milben Stiftungen zukommen.

S. 3.

In Absicht ber von Privatpersonen anzumelbenden Gelbforderungen, in sofern solche nicht in Abgaben bestehen, hat es dagegen bei der, im S. 3. des Hypothekenpatents bestimmten Frist sein Bewenden.

J. 4.

Die in dem S. 7. des Patents festgesetzte Frist zur Provokation auf die Ausmittelung des Vorzugsrechts wird für die Gelbforderungen der Privatpersonen (S. 3.) auf sechs Monate, also bis zum letzten Juni 1817. verlängert.

Ju Ansehung der Realansprüche auf Abgaben und Prästationen überhaupt (S. 1.), so wie aller Geldforderungen des Fickus, der Korporationen und der milben Stiftungen (S. 2.), läuft diese Frist (J. 4.) bis zum letzten Juni 1818.

Wir befehlen Unsern Unterthanen, Gerichten und Behörden, sich hiernach

zu achten.

Urfundlich unter Unserer Sochsteigenhandigen Unterschrift und Beidruftung Unsers großen Koniglichen Insiegels.

Gegeben Berlin, ben 23ften Dezember 1816.

(L. S.) Friedrich Wilhelm. Ind C. Fürfiv. hardenberg. v. Kircheisen.